Deutscher Bundestag **Drucksache 15/1184**

15. Wahlperiode 20. 06. 2003

Fragen

für die Fragestunde der 52. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 25. Juni 2003

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Seite

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

1. Abgeordneter **Dr. Peter Jahr** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung in der Lage einzuschätzen, wie sich die schwierigen Witterungsbedingungen der letzten Wochen auf die Ernte und auf die Einkommen der landwirtschaftlichen Betriebe auswirken?

2. Abgeordneter **Dr. Peter Jahr** (CDU/CSU)

Welche Unterstützungsmaßnahmen sind seitens der Bundesregierung für die durch die witterungsbedingten Ernteausfälle möglicherweise in ihrer Existenz bedrohten landwirtschaftlichen Unternehmen vorgesehen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

3. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos)

Welche Informationen liegen der Bundesregierung über die angebliche Tötung von Gefangenen durch Truppen der Anti-Taliban-Koalition und deren angebliche Duldung durch das US-Militär in Mazar-i-Sharif in Afghanistan vor, und welchen Beitrag leistet die Bundesregierung zur Aufklärung dieses Sachverhalts?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

4. Abgeordneter **Dirk Niebel** (FDP)

Ist nach Ansicht der Bundesregierung im Rahmen der Strukturreform bei der Bundesanstalt für Arbeit auch die Umwandlung der Fachhochschule des Bundes, Fachbereich Arbeitsverwaltung, in eine gemeinnützige GmbH mit privater Trägerschaft vorgesehen, und wenn nein, welche Gründe sprechen dagegen?

5. Abgeordneter **Albert Rupprecht (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, die Mittel der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ zu erhöhen, so dass insbesondere in den Grenzregionen zu den EU-Beitrittsländern die zulässigen Förderhöchstsätze ausgeschöpft werden können?

6. Abgeordneter **Albert Rupprecht (Weiden)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Ausweisung der neuen E-Fördergebiete der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) in Bayern einer gleichzeitigen Erhöhung der GA-Mittel bedurft hätte, um so die möglichen Förderhöchstsätze auch auszuschöpfen?
7. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen zur Stärkung der Grenzregionen zu den EU-Beitrittsländern Polen und Tschechische Republik hat die Bundesregierung unternommen, nachdem Bundeskanzler Gerhard Schröder anläßlich der Regionalkonferenz Oberpfalz am 18. Dezember 2000 in Weiden ein materiell unterlegtes Programm zur Förderung der Grenzregionen angekündigt hat?
8. Abgeordneter **Klaus Hofbauer** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, die Fördergebiete der GA „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) unter Einbeziehung des zusätzlichen Regionalindikators „Grenzlage zu den EU-Beitrittsländern“ neu abzugrenzen, so dass insbesondere das Gebot der Gleichbehandlung der Grenzlandkreise im Hinblick auf die Regionalförderung gewährleistet ist?
9. Abgeordneter **Max Straubinger** (CDU/CSU)	Wie viele neue Arbeitsplätze haben die namentlich in der Anzeige „TeamArbeit für Deutschland“ der Wochenzeitung „DIE ZEIT“ vom 12. Juni 2003 genannten Damen und Herren seit dem 1. Januar 2003 geschaffen?
10. Abgeordneter **Max Straubinger** (CDU/CSU)	Welche finanzielle Summe wird für die Kampagne der Bundesregierung „TeamArbeit für Deutschland“ veranschlagt?
11. Abgeordneter **Erich G. Fritz** (CDU/CSU)	Welche Stellung wird die Bundesregierung beziehen, wenn sie in wenigen Wochen gegenüber der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ihre Position zur Überprüfung der OECD-Umwelt-Standards bei Exportkreditversicherungen abgeben muss?

12. Abgeordneter **Erich G. Fritz** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung Vorstellungen der US-Eximbank folgen will, deren Standards OECD-weit durchzusetzen und mit einem Optionsmodell in bestimmten Fällen sowie einer jeweiligen Mitteilungspflicht an andere Exportkreditversicherungen zu verbinden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

13. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Wie viele Überschallflüge führte die Bundeswehr im gesamten Bundesgebiet mit welchen Anteilen über dem Festland (insbesondere über dem Bayerischen Wald) und dem Meer im Jahr 2002 pro Monat durch?

14. Abgeordneter **Ernst Hinsken** (CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung, um die Zahl der Überschallflüge insbesondere über dem Nationalpark Bayerischer Wald im Hinblick auf die Beeinträchtigung des Tourismus zu verringern?

15. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos)

Trifft es zu, dass die Bundeswehr Forschungsprojekte mit Krankheitserregern (Hasenpest-Bakterien), die gentechnisch gegen Antibiotika resistent gemacht werden, durchführt, und wenn ja, welche Ziele werden mit solchen Forschungen verfolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

16. Abgeordneter **Andreas Scheuer** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob die neuen und vom Eisenbahn-Bundesamt (EBA) wegen der technischen Zulassung nicht abgenommenen Referenz-Achszähler zur Gleisfreimeldung noch im Schienennetz vorhanden sind?

17. Abgeordneter **Andreas Scheuer** (CDU/CSU)

Welche Informationen hat die Bundesregierung über die unrechtmäßige Inanspruchnahme von Zuwendungen des Bundes durch die Deutsche Bahn AG (DB AG), und wie soll nach Ansicht der Bundesregierung diesbezüglich eine bessere Prüfung durch das EBA garantiert werden?

18. Abgeordnete
Ursula Heinen
(CDU/CSU)

Wo sieht die Bundesregierung die Grenzen für das gemäß Artikel 87e Abs. 4 des Grundgesetzes vom Bund zu gewährleistende Verkehrsangebot auf dem Schienennetz seiner Eisenbahnen, und was spricht in diesem Sinne für oder gegen die Verfassungsmäßigkeit der Einstellung von zwölf ICE-Verbindungen zwischen Köln und Berlin bzw. Leipzig?

19. Abgeordnete
Ursula Heinen
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung durch bauliche Maßnahmen im Rahmen ihrer infrastrukturellen Verantwortung, den Engpass an der Hohenzollern-Brücke zu beseitigen, so dass eine hinreichende ICE-Anbindung der Stadt Köln gewährleistet ist, und welche Mittel aus dem Bundesverkehrswegeplan stellt die Bundesregierung hierfür zur Verfügung?

20. Abgeordnete
Kristina Köhler (Wiesbaden)
(CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung die Tatsache, dass ein Anruf der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul, genügte, um die DB AG dazu zu bewegen, das Gelände eines seit geraumer Zeit verwahrlosten Wiesbadener Güterbahnhofs zu reinigen, und die Bundesministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul sich laut „Wiesbadener Kurier“ vom 29. März 2003 „freut, dass sie, schnell und unbürokratisch für den Reinigungseinsatz der Bahn sorgen konnte“, obwohl die DB AG zuvor auf gleich lautende Bitten Wiesbadener Kommunalpolitiker nicht reagiert hatte und obwohl es laut Antwort der Parlamentarischen Staatssekretärin beim Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Angelika Mertens, auf meine schriftliche Frage 154 in Bundestagsdrucksache 15/1164 der Bundesregierung nicht möglich sei, auf einzelne Geschäftsaktivitäten der DB AG wie etwa die Säuberung bahneigener Grundstücke Einfluss zu nehmen?

21. Abgeordnete
Kristina Köhler (Wiesbaden)
(CDU/CSU)

Sieht sich die Bundesregierung in der Lage, in derselben Weise auf die Nutzung und Sauberhaltung anderer Grundstücke der DB AG Einfluss zu nehmen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

22. Abgeordneter **Dr. Günter Krings** (CDU/CSU)

Wie begreift die Bundesregierung ihre Auskunftspflicht gegenüber Journalisten, und kommt es in diesem Zusammenhang vor, dass die Bundesregierung bzw. deren Sprecher Journalisten gegenüber die Auskunft verweigert?

23. Abgeordneter **Dr. Günter Krings** (CDU/CSU)

Wenn ja, in welchen Fällen kommt dies vor, und gibt es bestimmte Journalisten, denen gegenüber die Auskunft grundsätzlich verweigert wird?

24. Abgeordneter **Eckart von Klaeden** (CDU/CSU)

Trifft es zu, dass der Ermittlungsführer des Bundeskanzleramtes im disziplinaren Vorverfahren, Dr. Burkhard Hirsch, während seiner Vorermittlungen die Staatsanwälte beim Landgericht Bonn ins Vertrauen gezogen und ihnen zugesichert habe, sämtliche Erkenntnisse an sie weiterzuleiten (Quelle: DIE ZEIT 26/2003 vom 19. Juni 2003)?

25. Abgeordneter **Eckart von Klaeden** (CDU/CSU)

Welche Kontakte und auf welcher Rechtsgrundlage hat der Ermittler im disziplinaren Vorverfahren, Dr. Burkhard Hirsch, mit der Staatsanwaltschaft Bonn gehabt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

26. Abgeordneter **Hartmut Koschyk** (CDU/CSU)

Über welche, deutschen Sicherheitsbehörden nicht vorliegenden Informationen verfügen die französischen Sicherheitsbehörden über den in Paris festgenommenen Deutschen C. G., den die französischen Sicherheitsbehörden im Gegensatz zu den deutschen Sicherheitsbehörden für einen hohen Verantwortlichen der Terror-Gruppe al-Qaida halten (vgl. u. a. Süddeutsche Zeitung vom 13. Juni 2003: „Paris irritiert deutsche Terrorfahnder“), und gibt es mittlerweile anstelle dieser unterschiedlichen Einschätzungen eine einheitliche deutsch-französische Gefahrenbewertung über C. G.?

27. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung für ihren Verantwortungsbereich aus der Ankündigung der Länder, die Tarifverträge über Urlaubs- und Weihnachtsgeld für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst kündigen zu wollen, und hält sie beamtenrechtliche Regelungen im Vorgriff auf entsprechende Tarifeinigungen für vereinbar mit ihrer Zusage, dass sie bei „Strukturveränderungen auf den bewährten Gleichklang zwischen Tarif und Besoldung achten und die notwendigen Reformen parallel voranbringen“ wird (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Unterschiedliche Entwicklung der Bezahlung im öffentlichen Dienst“, Bundestagsdrucksache 15/1165)?

28. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)

Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die politischen Aktivitäten des in Lübeck einsitzenden Rechtsterroristen Kay Diesner und der Zeitung „Lassaner Rundbrief“ (vgl. stern vom 5. Juni 2003)?

29. Abgeordnete
Petra Pau
(fraktionslos)

Wie viele Menschen aus der Demokratischen Republik Kongo haben seit Anfang 2000 bis heute in der Bundesrepublik Deutschland einen Antrag auf Asyl gestellt, und wie vielen Menschen wurde Asyl gewährt (bitte nach Jahren aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

30. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung die im Rahmen der Beschlussfassung zur gemeinsamen europäischen Zinsbesteuerung (Rat der Finanzminister vom 3. Juni 2003 in Luxemburg) mit ihrer Zustimmung gefundene Lösung zum „Italienischen Milchquoten-Problem“ als faktische europäische Rechtslage anerkannt, und ist sie bereit, diese Lösung auch in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend rückwirkend anzuwenden?

31. Abgeordneter
Helmut Heiderich
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung insbesondere bereit, die – im Gegensatz zur italienischen Regierung, welche ihren Landwirten trotz bewusster Überlieferung der nationalen Milchquote auch noch die Rückzahlung der zu Unrecht ausgezahlten Gelder an die EU-

Kommission finanziert hat (vgl. Frankfurter Rundschau vom 3. Juni 2003) –, vom Bundesminister der Finanzen zusätzlich betriebenen Strafverfahren gegen deutsche Landwirte vor diesem Hintergrund einzustellen bzw. zurückzunehmen, zumal die einheimischen Milchbauern keine Überlieferung der nationalen Milchquote verursacht hatten, sondern nur zeitweise ungenutzte Quoten benachbarter Bundesländer beliefert hatten?

32. Abgeordneter **Wolfgang Börnsen (Bönstrup)** (CDU/CSU)

Wie hoch wird der Entlastungsbetrag für die deutschen Reeder bei welchen Gegenleistungen bzw. Bedingungen ausfallen, die durch die Zusage des Bundeskanzlers Gerhard Schröder auf der 3. Maritimen Konferenz in Lübeck am 25./26. Mai 2003 – der Lohnsteuereinbehalt soll danach zunächst für zwei Jahre von 40 auf 80 Prozent erhöht werden – entstehen werden (vgl. Dithmarscher Landeszeitung vom 27. Mai 2003)?

33. Abgeordneter **Helge Braun** (CDU/CSU)

Werden die Haushalte der großen Forschungsinstitutionen ab dem Bundeshaushalt 2004 vor dem Hintergrund der aktuellen Steuerschätzung und wiederholter Einsparbegehren des Bundesministers der Finanzen, Hans Eichel, im Etat für Bildung und Forschung jährlich verlässlich um drei Prozent erhöht werden, wie es Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung am 14. März 2003 ankündigte?

34. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

In welchem Maß beabsichtigt die Bundesregierung durch ihre Vorschläge zur Neugestaltung der europäischen Strukturpolitik nach 2006 (Eckpunkte der Bundesregierung für die EU-Strukturpolitik nach 2006) nationale Handlungsspielräume in der Regionalpolitik zu erweitern beziehungsweise zurückzugewinnen?

35. Abgeordneter **Michael Kretschmer** (CDU/CSU)

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung von den von ihr angestrebten Übergangsregelungen für die Ziel-1-Fördergebiete (Regionen mit einem erheblichen Entwicklungsrückstand) in Deutschland, welche nach 2006 die europäische Ziel-1-Förderung verlieren werden?

36. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)

Wie gedenkt die Bundesregierung das Vorziehen der letzten Stufe der Steuerreform auf den 1. Januar 2004 gegebenenfalls zu finanzieren?

37. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Finanzierung durch Subventionsabbau vorzunehmen, und falls ja, welche Subventionen sollen konkret abgebaut werden?

38. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)

Was ist das Ergebnis der Auswertung der Unterlagen, die den Anwälten der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihres Akteneinsichtsrechts als Kopien aus den Ermittlungsakten in dem in Paris laufenden Ermittlungs- bzw. Strafverfahren unter anderem gegen verschiedene ehemalige Mitarbeiter von Elf-Aquitaine überlassen wurden (vgl. Antwort des Staatssekretärs im Bundesministerium der Justiz, Dr. Hansjörg Geiger, auf die Schriftliche Frage 8 der Abgeordneten Andrea Voßhoff vom 23. Juli 2001 in Bundestagsdrucksache 14/6758), und was hat die Bundesregierung veranlasst?

39. Abgeordneter
Dr. Christoph Bergner
(CDU/CSU)

Wie hoch sind die durch die Vertretung der Bundesrepublik Deutschland als Privatbeteiligte in diesem Verfahren insgesamt für die Bundesrepublik Deutschland entstandenen Kosten, und wie setzen sie sich zusammen?

40. Abgeordnete
Gitta Connemann
(CDU/CSU)

Inwieweit trifft der Bericht der Zeitung „DIE WELT“ vom 3. Juni 2003 zu, dass die Bundesregierung auf eine weitere „Verfolgung der Nebenklage“ in dem derzeit in Paris laufenden Prozess gegen frühere Manager von Elf-Aquitaine verzichtet hat und die Anwälte der Bundesrepublik Deutschland gegenüber dem Gericht erklärt haben: „Die Bundesrepublik Deutschland und die BvS [Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben] haben uns in Kenntnis gesetzt, dass sie es nicht mehr für opportun halten, ihren Status als Nebenkläger in diesem Verfahren aufrechtzuerhalten“?

41. Abgeordneter
Jochen-Konrad Fromme
(CDU/CSU)

Seit wann war die Bundesrepublik Deutschland in dem in Paris laufenden Ermittlungs- bzw. Strafverfahren unter anderem gegen verschiedene ehemalige Mitarbeiter von Elf-Aquitaine als Privatbeteiligte zu-

gelassen, und welche Gründe waren für die Bundesregierung maßgebend, sich als Privatbeteiligte an diesem Verfahren zu beteiligen?

42. Abgeordneter
Ingo Wellenreuther
(CDU/CSU)

Besteht die Taskforce Leuna/Minol weiter, die lt. Mitteilung des Parlamentarischen Staatsseketärs beim Bundesminister der Finanzen, Karl Diller, vom 8. Mai 2002 an den 1. Untersuchungsausschuss der 14. Wahlperiode ihre Ermittlungen „bis auf weiteres“ einstellen sollte (vgl. Bundestagsdrucksache 14/9300, S. 438), und wenn ja, welches ist ihre derzeitige Aufgabe?

43. Abgeordneter
Ingo Wellenreuther
(CDU/CSU)

Hat das Bundesministerium der Finanzen oder die BvS oder eine sonstige, in der Verantwortung der Bundesregierung tätige Stelle entschieden, nichts gegen die Entscheidung der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Magdeburg zu unternehmen, das eingestellte Ermittlungsverfahren gegen Verantwortliche von MIDER (Mitteldeutsche Erdöl-Raffinerie) nicht wieder aufzunehmen, und wenn ja, welche Erwägungen waren dafür maßgebend (vgl. Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Verdacht unvollständiger Informationsübermittlung an die Staatsanwaltschaft Magdeburg durch die Sondertaskforce Leuna/Minol unter der Verantwortung der Bundesregierung sowie mögliche Einflussnahme auf österreichische Ermittlungsbehörden bei der Festnahme eines deutschen Staatsbürgers (Nachfrage) und die ‚persönlichen Bewertungen‘ des früheren ‚Ermittlungsführers‘ im Bundeskanzleramt“ (Bundestagsdrucksache 14/7986, Frage 5))?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333